

Harald Engler

Zwischen Zukunftsverheißung, Planungseuphorie und kulturellem Wandel

Urbane Planung in West- und Ost-Berlin

Die Gestaltung urbaner Architektur bildet einen wichtigen Bestandteil politischer Planung: Hier werden Leitbilder gesellschaftlicher Repräsentation und Identitätsbildung etabliert, zugleich wird tief in das Alltagsleben der Bewohner eingegriffen, die mit den architektonisch-materiellen Raumstrukturen zu leben haben. In diesem Beitrag soll diese Dimension der politischen Planung für das geteilte Deutschland in seinen Kontextbedingungen beschrieben und anhand des Fallbeispiels Berlin empirisch unterfüttert werden: Welche Planungsansprüche besaßen die verschiedenen Akteure in Ost und West, welches waren ihre übergeordneten Ziele, die teilweise in beiden Systemen den Charakter von Utopien annahmen? Welche Form der Planungseuphorie entwickelte sich mit welchen Konjunkturen in West und Ost im Rahmen der Systemkonkurrenz? Neben den Leitbildern, Konzepten und Zielen der Stadtplanung in den systemspezifischen Gemeinsamkeiten und Unterschieden widmet sich der Beitrag auch der Partizipation in Planungsprozessen, der Aneignung der architektonisch-stadtplanerischen Materialität durch die Bevölkerung sowie dem jeweiligen Umgang mit Planungskritik.¹

1. Stadtplanung und Architektur in der Systemkonkurrenz – Ziele, Konzepte und Selbstverständnis

Planung in der Bundesrepublik Deutschland war in den stärker ordoliberal gestalteten Anfängen der sozialen Marktwirtschaft durch ausgesprochene Planungszurückhaltung oder „Ideologie der Nichtplanung“² geprägt, die als dezidiertes Gegenmodell zur nationalsozia-

¹ Dieser Beitrag entstand in der Historischen Forschungsstelle des IRS, die sich mit der Stadt- und Urbanisierungsgeschichte des 20. Jahrhunderts mit gewissem Schwerpunkt auf der Bau- und Planungsgeschichte der DDR befasst; vgl. URL: <http://www.neu.irs-net.de/forschung/forschungsabteilung-5/index.php> [12.10.2016].

² So Klaus von Beyme, *Das Politische System der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung*, Wiesbaden ¹²2017, S. 348.

listischen Mobilisierung von Staat und Gesellschaft, aber auch zum zentralplanwirtschaftlich-sowjetischen Planungsmodell der DDR gedacht war. In Planung wurde in der Bundesrepublik bis Mitte der 1960er Jahre eine „Gefahr für die Freiheit“ gesehen, sie galt als „Ausweis politischer Unterdrückung“. Im Westen sollte eine „menschenwürdige und funktionsfähige Ordnung“ entstehen, die nicht auf Eingriffe des Staates setzte.³

Ab Mitte der 1960er Jahre avancierte dagegen Planung in der Bundesrepublik zu einem politischen Prinzip, das mit den neuen Leitparadigmen der gesellschaftlichen Modernisierung,⁴ der Zivilisierung des Kapitalismus und (insbesondere unter der sozialliberalen Koalition ab 1969) der Demokratisierung in Form einer „lernenden Demokratie“⁵ operierte, die verstärkt Bedürfnisse der Bevölkerung einbezog und sich auch in der regionalen Raumordnung niederschlug. In dieser Phase, lange als „Planungseuphorie“⁶ und zuletzt aber kritisch reflektiert eher als „Wirtschaftsoptimierungsbewegung“⁷ bezeichnet, galt Planung als „systematische[r] Entwurf einer rationalen Ordnung auf der Grundlage alles verfügbaren einschlägigen Wissens“.⁸

Im Planungssystem der Bundesrepublik war im Vergleich zur DDR kein allumfassender und die Gesellschaft zentral steuernder Geltungsanspruch wirksam. Durch die weitgehend umgesetzte Gewaltenteilung, die föderale Struktur des Regierungs- und Verwaltungssystems und die größeren Handlungsspielräume der regionalen und kom-

³ Gabriele Metzler, *Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt. Politische Planung in der pluralistischen Gesellschaft*, Paderborn 2005, S. 12.

⁴ Thomas Mergel, *Modernisierung*, in: Europäische Geschichte Online (EGO), 27.4.2011, URL: <http://ieg-ego.eu/de/threads/modelle-und-stereotypen/modernisierung/thomas-mergel-modernisierung> [21.10.2016].

⁵ Max Kaase/Günther Schmid (Hrsg.), *Eine lernende Demokratie. 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland*, Berlin 1999.

⁶ Dirk van Laak, *Planung, Planbarkeit und Planungseuphorie*, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 6.2.2010, URL: <http://docupedia.de/zg/Planung> [12.11.2016].

⁷ Max Welch Guerra, *Räumliche Planung und Gesellschaftspolitik um 1970 – ein folgenreicher Einschnitt in der Geschichte der Bundesrepublik*, in: Wendelin Strubelt/Detlef Briesen (Hrsg.), *Raumplanung nach 1945. Kontinuitäten und Neuanfänge in der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt a.M. 2015, S. 287–316, hier S. 287.

⁸ Joseph H. Kaiser, *Vorwort*, in: ders./Martin Bullinger (Hrsg.), *Planung I: Recht und Politik der Planung in Wirtschaft und Gesellschaft*, Baden-Baden 1965, S. 7–9, hier S. 7.

munalen Ebenen erfolgte Planung in Westdeutschland deutlich differenzierter und weniger monostrukturell. Kennzeichnend war ein „komplexes Mehrebenensystem“ als institutionelles Gefüge von Planungsstrukturen, das in Aushandlungsspielräumen der beteiligten Akteure zwischen Bund und Ländern sowie dort zwischen Regierungsbezirken, Landkreisen und Kommunen im Verlauf der Geschichte der Bundesrepublik mehrfach neu austariert wurde.⁹ Zusätzlich wies das westliche Planungssystem eine deutlich stärkere Einbeziehung von institutionalisierten zivilgesellschaftlichen Elementen im Planungsprozess und Möglichkeiten der aktiven Partizipation der betroffenen Bevölkerung auf und verfügte dadurch über ein größeres Maß an Flexibilität, das für die Legitimation und die Stabilität des staatlichen und gesellschaftlichen Systems von entscheidender Bedeutung war. Allerdings beeinflussten private Eigeninteressen die Planungsprozesse Westdeutschlands in starkem Maße.

Neben positiven Impulsen für Modernisierung und Demokratisierung der Gesellschaft zeitigte dieses konsensorientierte Paradigma zugleich äußerst zwiespältige Ergebnisse, etwa ausgeprägte Tendenzen der Uniformierung und Tilgung ganzer Landschaftsensembles im ländlichen Raum oder eine zerstörende Kahlschlagsanierung in Altstadtensembles von Großstädten.¹⁰ Nach dem „Boom“ geriet in den 1970er Jahren der allumfassende Planungsanspruch der politischen Akteure und ihrer Planer zusammen mit der Großzählung vom erfolgreichen Projekt der Moderne in die Kritik.¹¹ In der Stadtplanung etablierten sich pragmatischere Zugriffe wie der Inkrementalismus als vorsichtigem Reformieren nach dem Prinzip von Versuch und Irrtum oder andere kleinschrittige Strategien wie die West-Berliner „behutsame Stadterneuerung“.¹²

Für die Planer und Architekten in der Bundesrepublik kann festgehalten werden, dass in der unmittelbaren Nachkriegszeit ein eklatanter Verlust an sozialen und planerischen Visionen im Städtebau und

⁹ Wolfgang Rudzio, *Das politische System der Bundesrepublik Deutschland*, Wiesbaden 2015, v.a. S.213 und 283f.

¹⁰ Ute Hasenöhr, *Zivilgesellschaft und Protest. Eine Geschichte der Naturschutz- und Umweltbewegung in Bayern 1945–1980*, Göttingen 2011, S.257–278.

¹¹ Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael, *Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970*, Göttingen 2012, S.63–70.

¹² Karl Ganser/Walter Siebel/Thomas Sieverts, *Die Planungsstrategie der IBA Emscher Park. Eine Annäherung*, in: *RaumPlanung* 61 (1993), S.112–118; Matthias Bernt, *Rübergelappt. Die „behutsame Stadterneuerung“ im Berlin der 90er Jahre*, Berlin 2003, S.47–63.

in der Architektur kennzeichnend war. Selbst ein großer Visionär des sozialen Städtebaus der 1920er Jahre wie Ernst May erklärte den Rückzug ins Private und das Leitbild eines „Freiraums klösterlicher Stille“ zum Ideal der Zeit.¹³ In den 1960er Jahren sahen Architekten sich hingegen primär als aktive Mitgestalter der ihre Zukunft planenden demokratischen Gesellschaft. Nach Walter Gropius waren vor allem Architekten dazu berufen, die „moderne“ Gesellschaft als Ganzes zu gestalten. Bauen war demnach eine eminent soziale Aufgabe mit dem Ziel, die Lebensverhältnisse für alle zu verbessern.¹⁴

In der DDR wurde bereits mit der Staatsgründung 1949 ein wesentlich umfassenderer Geltungsanspruch der Umformung der Gesellschaft mit einer gleichheitsversprechenden Utopie einer besseren Zukunft formuliert.¹⁵ Ostdeutsche Parteiphilosophen entwarfen im marxistisch-leninistischen Verständnis das neue System optimistisch als „Aufwärtsbewegung der Menschheit“, bei der der Sozialismus nichts weniger als einen „neuen Zivilisationstyp“ darstellte, der durch „Planmäßigkeit, Allseitigkeit, hohes wachsendes Tempo des Fortschritts“ gekennzeichnet sei.¹⁶ Die Staatspartei SED leitete aus ihrem Suprematieverständnis einen alle Bereiche der Gesellschaft umfassenden Planungsanspruch ab.¹⁷ Planung wurde definiert als „wissenschaftliche Begründung, Festlegung und Kontrolle der Durchführung der Pläne zur ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung“.¹⁸ Die fortent-

¹³ Ernst May, Wohnungsbau, in: Reinhard Jaspert/Martin Elsaesser (Hrsg.), Handbuch der modernen Architektur, Berlin 1957, S.115–222, hier S.132f.; Tilman Harlander, Wohnen und Stadtentwicklung in der Bundesrepublik, in: Ingeborg Flagge (Hrsg.), Geschichte des Wohnens, Bd.5: Von 1945 bis heute. Aufbau, Neubau, Umbau, Stuttgart 1999, S.233–417, hier S.240–253.

¹⁴ Walter Gropius, Die Rolle des Architekten in der modernen Gesellschaft, in: Bauen und Wohnen (1961) H.9, S.319–321; dazu Jörn Düwel, „Weder historische Allüren noch falsche Pracht“, Architekten in der Bundesrepublik Deutschland, in: Karin Wilhelm/Kerstin Gust (Hrsg.), Neue Städte für einen neuen Staat. Die städtebauliche Erfindung des modernen Israel und der Wiederaufbau in der BRD. Eine Annäherung, Bielefeld 2013, S.181–192, hier S.187.

¹⁵ Stefan Wolle, Der Traum von der Revolte. Die DDR 1968, Berlin 2008, S.46–55.

¹⁶ Zitate bei Miran Mtschedlow, Sozialismus. Ein neuer Zivilisationstyp, Berlin 1983, S.111f.

¹⁷ Stefan Wolle, Aufbruch nach Utopia. Alltag und Herrschaft in der DDR 1961–1971, Berlin 2011, v.a. S.143–177.

¹⁸ Artikel: Planung, in: Gerhard Schüßler (Hrsg.), Wörterbuch zum sozialistischen Staat. Hrsg. v. der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR, Berlin 1974, S.220f.

wickelte Gesellschaft sollte von durch planmäßige Erziehung geschaffenen neuen Menschen mit „sozialistischer Persönlichkeit“ errichtet werden.¹⁹

Das galt auch für Architektur und Stadtplanung. Ihre Bedeutung für die Genese der neuen sozialistischen Gesellschaftsordnung definierte der Vizepräsident der Deutschen Bauakademie, Edmund Collein 1952 wie folgt:

„Jedes Bauwerk, das wir errichten, bedeutet einen Schritt vorwärts in der Verbesserung unseres Lebens, es drückt aber gleichzeitig in seiner künstlerischen Gestalt und Aussage die humanistischen Ideen unseres Lebens in einer neuen Gesellschaftsordnung aus.“²⁰

Wohnen sollte diese „sozialistische Persönlichkeit“ in neu entwickelten sozialistischen Wohnkomplexen, die als architektonisch-utopische Materialisation des Zusammenlebens der Menschen im Sozialismus konzipiert wurden.²¹ Auch in der Wohnsoziologie und der bildenden Kunst sind utopische Momente der Zukunftsplanung für die DDR der 1950er und 1960er Jahre sichtbar.²²

Das institutionelle System der Planung war auch im Bereich von Städtebau und Architektur in der DDR im Vergleich zur Bundesrepublik deutlich umfassender angelegt.²³ Die nahezu komplett in staatliche Hand übertragene Verfügungsgewalt über den städtischen Grund und Boden ermöglichte zusammen mit großflächigen Kriegszerstörungen

¹⁹ Udo Margedant, Sozialistische Persönlichkeit, in: Rainer Eppelmann (Hrsg.), Lexikon des DDR-Sozialismus. Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik, Bd.2, Paderborn 1997, S. 760–763, hier S. 761.

²⁰ Edmund Collein, Fragen des deutschen Städtebaus, in: Fragen der deutschen Architektur und des Städtebaus. Referate gehalten anlässlich des ersten Deutschen Architekturkongresses in Berlin, Dezember 1951, hrsg. v. der Deutschen Bauakademie zu Berlin, Berlin 1952, S. 51–87, das Zitat S. 55.

²¹ Albrecht Wiesener, Steinerner Verheißungen einer sozialistischen Zukunft? Der Bau Halle-Neustadts aus gesellschaftsgeschichtlicher Perspektive, in: Christoph Bernhardt/Thomas Wolfes (Hrsg.), Schönheit und Typenprojektierung. Der DDR-Städtebau im internationalen Kontext, Erkner b. Berlin 2005, S. 229–255, hier S. 229ff. und 248–255.

²² Sigrid Hofer, Kosmonaut Ikarus. Weltall, Erde, Mensch – Die planbare Zukunft als bildnerische Projektion, in: Karl-Siegbert Rehberg/Wolfgang Holler/Paul Kaiser (Hrsg.), Abschied von Ikarus. Bildwelten in der DDR – neu gesehen. Begleitend zur Ausstellung im Neuen Museum Weimar. 19. Oktober 2012 bis 3. Februar 2013, Köln 2012, S. 205–216.

²³ André Steiner, Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, München 2004, S. 95f.

umfassende Groß- und Neuplanungen in Städtebau und Architektur, die kaum auf private Eigentumsinteressen Rücksicht nehmen mussten.²⁴ So wie Planung insgesamt in der DDR in erster Linie als Wirtschaftsplanung konzeptualisiert wurde, waren auch die Sektoren des Städtebaus, der Architektur und damit der Stadtplanung ressortmäßig dem Bereich Wirtschaft und nicht etwa der Kultur zugeordnet, was schwerwiegende Auswirkungen auf Bedeutung und Durchsetzungsfähigkeit eines qualitätsvollen Städtebaus zeitigte.²⁵ Erschwerend sorgte die seit Mitte der 1950er Jahre nach sowjetischem Vorbild durchgesetzte einseitige Orientierung auf das industrielle Bauen und die großflächige Typisierung von Baukörpern bei gleichzeitiger Vernachlässigung der Altbauerhaltung und -sanierung für ein zwiespältiges Ergebnis der Baukultur.²⁶ Das industrielle Bauen wurde im Bereich von Architektur und Städtebau zur (ökonomisch begründeten) Heilslehre der Planung erklärt, ein qualitätsvoller Städtebau durch eine großflächige Projektierungstechnologie ersetzt. Dadurch verfügten insbesondere die bezirklichen Wohnungsbaukombinate über große Deutungsmacht und Handlungsspielräume, weil sie über bevorzugte Ressourcenzugänge verfügten, um die geforderten großen Stückzahlen an Plattenbauwohnungen zu realisieren, während die Stadtarchitekten nur mit Mühe einen qualitativ hochwertigen Städtebau zu realisieren suchten.

Die wichtigsten Institutionen im Planungssystem der DDR im Bereich von Städtebau und Architektur bildeten die SED, die Staatliche Plankommission (SPK), das Ministerium für Bauwesen sowie die Bauakademie und der Bund der Architekten (BdA) der DDR.²⁷ Die SED war vornehmlich mit dem für Wirtschaftsfragen zuständigen Politbüromitglied Günter Mittag sowie der ZK-Abteilung für Bauwesen der wich-

²⁴ Georg Brunner, Das staatliche Eigentum in der Wirtschaftsverfassung der Honecker-Ära, in: Gottfried Zieger (Hrsg.), Recht, Wirtschaft, Politik im geteilten Deutschland. Festschrift für Siegfried Mampel, Köln 1983, S. 489–515.

²⁵ Harald Engler, Das institutionelle System des DDR-Bauwesens und die Reformdebatte um den Städtebau in den 1980er Jahren. Ein Problemaufriss, in: Christoph Bernhardt/Thomas Flierl/Max Welch Guerra (Hrsg.), Städtebaudebatten in der DDR. Verborgene Reformdiskurse, Berlin 2012, S. 71–104, hier v. a. S. 95–98; Bruno Flierl, Gebaute DDR: Über Stadtplaner, Architekten und die Macht. Kritische Reflexionen 1990–1997, Berlin 1998, S. 9–12.

²⁶ Harald Engler, Wilfried Stallknecht und das industrielle Bauen. Ein Architektenleben in der DDR, Berlin 2014, S. 123–131.

²⁷ Zusammenfassend zum Institutionensystem vgl. Engler, Institutionelles System, S. 76–84.

Sitzung des BdA der DDR in der Volkskammer 1987, mit Bauminister Wolfgang Junker (links über dem Redner) und Politbüro-Mitglied Günter Mittag (rechts); Quelle: IRS/Wissenschaftliche Sammlungen



tigste Akteur auf diesem Feld. Die dominante Plankommission übte ihre Macht über die alleinige Ressourcenhoheit aus,²⁸ während das ressortmäßig für Bauen und Architektur verantwortliche Ministerium für Bauwesen auf diesem Feld dominant von der SED gesteuert wurde. Die Bauakademie der DDR wirkte mit über 4.000 Mitarbeitern in der Grundlagenforschung, während der Bund der Architekten (BdA) der DDR sowohl als Interessenvertretung als auch als wichtige Netzwerk- und Weiterbildungsinstitution fungierte.²⁹

Die planerischen Verheißungen erfuhren um 1970 auch in der DDR ein abruptes Ende. Zwar wurde deklaratorisch an den Zielvor-

²⁸ Gerhard Schürer, Statement: Erfahrungen als Leiter der Staatlichen Plankommission. Wirtschaftliche und politische Verflechtungen von Akteuren, in: Heiner Timmermann (Hrsg.), Die DDR. Analysen eines aufgegebenen Staates, Berlin 2001, S. 31–45; Hannsjörg F. Buck, Kommentar zu den Artikeln von Gerhard Schürer „Statement: Erfahrungen als Leiter der Staatlichen Plankommission. Wirtschaftliche und politische Verflechtungen von Akteuren“ und Claus Krömke „Das Scheitern des Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung in der DDR. Subjektives Versagen oder Reformunfähigkeit des Systems?“, in: ebenda, S. 73–100.

²⁹ Michael Bräuer, Ein Instrument zur Lenkung des Planens 1952–1989. Der BdA

stellungen der sozialistischen Gesellschaft festgehalten, tatsächlich wurde der real vollzogene Utopieabbruch aber durch keine neuen Sinnstiftungsversuche ersetzt.³⁰ Stadtplanungsgeschichtlich ist diese Entwicklung an der Abkehr von der „Sichtzeichenarchitektur“ nachvollziehbar, mit der der utopisch-gesellschaftliche Aufbruch der DDR im Stadtbild für alle Welt materialisiert wurde (wie z.B. dem Leipziger Unihochhaus).³¹

Für die DDR ist das Selbstverständnis der Architekten nicht auf eine einzige Formel zu bringen, vielmehr ist eine Vielzahl differenzierter Haltungen vom Mitläufer über den Karrieristen bis zum Kritiker zu konstatieren.³² DDR-Planer lieferten zumeist in Architektenkollektiven Planungen von hoher fachlicher Qualität, sahen ihren Beruf allerdings in einer verhängnisvollen Transformation vom Architekten zum „Komplexprojektanten und Kollektivmitglied“ verwandelt,³³ die mit einem gravierenden gesellschaftlichen Ansehensverlust verbunden war. Die größten Hindernisse für gute fachliche Arbeit lagen für sie im System der Planung, dem zunehmenden Ressourcenmangel sowie dem großen Manko des defizitären Städtebaus und der fehlenden Urbanität,³⁴ die allesamt zur Delegitimation des politischen Systems beitrugen.³⁵

der DDR, in: Andreas Denk/Alice Sàrosi-Tumusiime/David Kasperek (Hrsg.), Bund Deutscher Architekten BDA. Chronik einer Wahlgemeinschaft. 1903–2013, Bd. 5: 1946–1959. Deutschland im Wiederaufbau, Berlin 2013, S. 25–31; Engler, Institutionelles System, S. 79–81.

³⁰ Wolle, Traum, S. 232–239; Wolle, Aufbruch, S. 409–420.

³¹ Thomas Topfstedt, Wohnen und Städtebau in der DDR, in: Flagge, Geschichte des Wohnens, Bd. 5, S. 419–562, hier S. 501–509; typische Einzelbeispiele bei Harald Engler, Das „sozialistische“ Prenzlau in der SBZ und der DDR (1945 bis 1990), in: Klaus Neitmann/Winfried Schich (Hrsg.), Geschichte der Stadt Prenzlau, Horb am Neckar 2009, S. 274–339, hier S. 303–307.

³² Tobias Zervosen, Architekten in der DDR. Realität und Selbstverständnis einer Profession, Bielefeld 2016, v.a. S. 397–436; Bruno Flierl, Stadtplaner und Architekten im Staatssozialismus der DDR, in: ders., Gebaute DDR, S. 52–75.

³³ Thomas Topfstedt, Vom Baukünstler zum Komplexprojektanten. Architekten in der DDR, in: Holger Barth/Thomas Topfstedt (Bearb.), Vom Baukünstler zum Komplexprojektanten. Architekten in der DDR. Dokumentation eines IRS-Sammlungsbestandes biographischer Daten, Erkner b. Berlin 2000, S. 9–23, hier S. 13f.

³⁴ Bruno Flierl, Blindes Fortschrittsdenken und böses Erwachen, in: ders., Gebaute DDR, S. 9–11.

³⁵ Immer mehr Architekten und Planer konnten sich mit dieser beruflichen Malaise nicht mehr abfinden und griffen in den 1980er Jahren zu drastischeren Ausdrucksmitteln ihres Protestes; vgl. Wolfgang Kil, „Staatsfeindliche Entwürfe“, in:

2. Stadtplanung in Ost- und West-Berlin – Großsiedlungen, Altstadtterhalt, Städtebau und öffentlicher Raum

Seit den frühen 1960er Jahren wurden in beiden Teilen Deutschlands Großsiedlungen als Zukunftsverheißungen des Wohnens in peripherer Lage am Stadtrand vorangetrieben, allerdings in der DDR in verhältnismäßig größerem Ausmaß und mit wesentlich größeren Plattenbausiedlungen.³⁶ Deutlich unterschieden sich die Genese und Funktion von Großsiedlungen im Wohnungsbau im geteilten Berlin. Neben der Schaffung von massenhaften neuen und modernen Wohnungen dienten die Großsiedlungen im Westen eher als Ersatzwohnungen für Mieter, die gezielt aus den Sanierungsgebieten der Innenstädte umgesiedelt wurden, wie dies etwa für das Märkische Viertel als Ersatz für die Bewohner des Sanierungsgebietes Wedding der Fall war.³⁷ Dagegen dienten die Großsiedlungen in der DDR zuallererst als Ersatz für nicht modernisierte Wohnungen im Altstadtbereich, wie dies für Marzahn oder Hohenschönhausen für die unsaniert gebliebenen und zerfallenden Wohnungen von Prenzlauer Berg oder Friedrichshain galt.³⁸

Ebenfalls unterschiedlich gestaltete sich der planerische Umgang mit den alten Stadtquartieren (zumeist aus der Gründerzeit des späten 19. Jahrhunderts) in Ost- und West-Berlin. In West-Berlin formierte sich als Folge des 1963 initiierten und sozialdemokratisch inspirierten Stadterneuerungsprogramms, das vor allem in den Innenstadtbezirken von Kreuzberg und Wedding eine radikale Kahlschlagsanierung in Gang setzte, eine Widerstandsbewegung in Teilen der Bevölkerung und anschließend in den planerischen Fachkreisen. West-Berlin erlebte Ende der 1970er bzw. Anfang der 1980er Jahren einen Höhepunkt der Hausbesetzerbewegung.³⁹ Auf die Kritik der Bewohner reagierte

Arch+; Zeitschrift für Architektur und Städtebau 103 (1990), S. 62–64.

³⁶ Berlin-Marzahn war und ist bis heute mit mehr als 58.000 Wohneinheiten die größte Großsiedlung Deutschlands (die größte Westdeutschlands, München-Neuperlach, umfasste 24.000 Wohnungen); vgl. Eli Rubin, *Concrete utopia. Everyday life and socialism in Berlin-Marzahn*, in: Uta A. Balbier (Hrsg.), *East German material culture and the power of memory*. Bulletin of the German Historical Institute, Suppl. 7, Washington (DC) 2011, S. 29–45.

³⁷ Andreas K. Schmidt, *Vom steinernen Berlin zum Freilichtmuseum der Stadterneuerung. Die Geschichte des größten innerstädtischen Sanierungsgebietes der Bundesrepublik: Wedding-Brunnenstraße, 1963–1989/95*, Hamburg 2008.

³⁸ Christine Hannemann, *Die Platte. Industrialisierter Wohnungsbau in der DDR, Berlin* 2005, S. 96–106, hier S. 101.

³⁹ Armin Kuhn, *Vom Häuserkampf zur neoliberalen Stadt. Besetzungsbewegun-*

die Stadtverwaltung mit der Internationalen Bauausstellung (IBA-Altbau) ab 1977 und dem dort erstmals erfolgreich etablierten Planungskonzept der „behutsamen Stadterneuerung“, welches die Bewohner in Sanierungskonzepte einbezog und damit ein Ende der Kahlschlag-sanierung einleitete.⁴⁰ In Ost-Berlin vollzog sich wie in der gesamten DDR seit Ende der 1970er Jahre zwar ebenfalls ein städtebaulicher Paradigmenwechsel, der die urbanen Qualitäten der Innenstadtquartiere planerisch wiederentdeckte und mit dem Arnimplatz und der Husemannstraße beispielhafte Sanierungsexempel im Rahmen der „komplexen Modernisierung“ realisierte; jedoch nahmen diese eher eine Feigenblattfunktion ein.⁴¹ Denn um diese beiden vorbildhaft sanierten Stadtplätze herum zerfiel die Altbausubstanz aus der Gründerzeit weiterhin rapide, was sich am Prenzlauer Berg ebenso zeigen lässt wie in Leipzig. In der Rykestraße im Bezirk Prenzlauer Berg sollten Altbauten noch bis Ende der 1980er Jahre durch Plattenbauten ersetzt werden.⁴² Ähnlich wie in West-Berlin entwickelte sich jedoch auch in Ost-Berlin, insbesondere von betroffenen Bewohnern ausgehend, zivilgesellschaftlicher Widerstand gegen diesen Stadtzerfall, der allerdings nur partiell erfolgreich war. Erst nach 1989/90 führte diese zivilgesellschaftliche Kritik zu Sanierungskonzepten unter Einbeziehung der Wohnbevölkerung.⁴³

Mit welchen unterschiedlichen planerischen Grundkonstellationen der Städtebau in der DDR und in der Bundesrepublik gestaltet wurde, lässt sich anhand des Vergleichs der Planung des Alexanderplatzes in Ost-Berlin und des Breitscheidplatzes in West-Berlin als zentrale Plätze der beiden Teilstädte und Bühnen des jeweiligen Politik- und Gesell-

gen und Stadterneuerung in Berlin und Barcelona, Münster 2014, S. 69–84.

⁴⁰ Emily Pugh, *Beyond the Berlin myth. The Local, the Global and the IBA* 87, in: Philip Broadbent (Hrsg.), *Berlin divided city, 1945–1989*, New York 2010, S. 156–167.

⁴¹ Dieter Hanauske: Die „Lösung der Wohnungsfrage“, in: *Berlinische Monatschrift* 6/2001, hrsg. v. Luisenstädtischer Bildungsverein, S. 25–41, hier S. 35, URL: www.luise-berlin.de/bms/bmstxt01/0106prod.htm [21.11.2016].

⁴² Tanja Blankenburg, *Stadterneuerung im Konflikt. Das Modellvorhaben Rykestraße in Berlin*, in: Holger Barth (Hrsg.), *Grammatik sozialistischer Architekturen. Lesarten historischer Städtebauforschung zur DDR*, Berlin 2001, S. 253–263.

⁴³ Bernt, *Rübergeklappt*, S. 94–127. Vgl. zum Widerstand gegen den Altstadtzerfall in Ost-Berlin und vor allem im Bezirk Prenzlauer Berg: Studie „Sozialplanung in der Stadterneuerung 1991“, Bestand IBIS 25, Archiv der DDR-Opposition der Robert-Havemann-Gesellschaft Berlin (ARHG).

schaftssystems zeigen.⁴⁴ Dabei sind große Unterschiede der Planung und Gestaltung zu konstatieren: Zum ersten sind die Akteurskonstellation und der stadtplanerische Zugriff ein anderer, weil am Alexanderplatz die SED den dominierenden Planungsakteur stellte, während am Breitscheidplatz städtische und bezirkliche Planungsbehörden zusammen mit Geschäftslobbyisten bestimmend waren. Deutlich unterschiedlich wurde die planerische Morphologie der jeweiligen Stadtplatzsituation modelliert, die beim Alexanderplatz durch bauliche Einheitlichkeit und Monumentalität, beim Breitscheidplatz eher durch Vielfalt charakterisiert war. Unterschiedlich wurden auch die Bautypen und Funktionen der beiden Plätze definiert, die beim Alexanderplatz durch einen großen Anteil an zentrumsnahem Wohnungsbau, beim Breitscheidplatz mehr durch ein vielfältiges Geschäftszentrum gekennzeichnet war. Schließlich unterschieden sich beide Plätze in den für die Offenheit und demokratische Verfasstheit entscheidenden Fragen der öffentlichen Zugänglichkeit und Überwachung, war doch der Alexanderplatz einer starken und permanenten Observation ausgesetzt, während der Breitscheidplatz grundsätzlich durch einen offenen Zugang gekennzeichnet war.

Gleichzeitig weisen beide Platzrealisierungen eine Fülle von erstaunlichen Parallelen auf, die angesichts der politischen Systemunterschiede überraschen, aber eine gewisse Konvergenz allgemeiner Planungs-Parameter in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts über die Systemgrenzen hinweg erkennen lassen. Eine deutliche Übereinstimmung kann dahingehend konstatiert werden, dass sich in West wie Ost „Gammler“ und andere soziale Randgruppen wie Skateboardfahrer, Punks oder Junkies die Plätze eigensinnig aneigneten und daraufhin – freilich in unterschiedlicher Vehemenz – durch staatliche Sicherheitsorgane (Staatssicherheit/Volkspolizei versus Polizei) observiert, unter Druck gesetzt, häufig verhaftet bzw. vom Platz entfernt wurden.⁴⁵

⁴⁴ Vgl. ausführlich Harald Engler, Zwischen „Alexverbot“ und „Wasserklops“. Gestaltung und subkulturelle Aneignung von Alexanderplatz und Breitscheidplatz in der urbanen Systemkonkurrenz Ost- und West-Berlins, in: Christoph Bernhardt (Hrsg.), Städtische öffentliche Räume. Planungen, Aneignungen, Aufstände 1945–2015, Stuttgart 2016, S. 173–213.

⁴⁵ Ebenda, S. 197–208.

Sozialistische Neuplanung des Alexanderplatzes mit dem Fernsehturm (Modell um 1980); Quelle: IRS/Wissenschaftliche Sammlungen



3. Planungskritik und Partizipation

Für die Bundesrepublik kann im Bereich von Stadtplanung und Architektur eine wachsende Lernbereitschaft und systemische Anpassungsfähigkeit an die Bedürfnisse und das wachsende Partizipationsbedürfnis der Bevölkerung konstatiert werden.⁴⁶ Die staatlichen und kommunalen Planungsbehörden veränderten ihre Praxis auch wegen des wachsenden Partizipationswunsches und -drucks von unten, der sich seit den späten 1960er Jahren verstärkte. Dazu gehörten Erfolge einzelner Bürgerinitiativen wie der Bürgerinitiative Westtangente, die „Strategien für Kreuzberg“ oder der Lernprozess der Internationalen Bauausstellung (IBA) Altbau in West-Berlin 1987 als Ergebnis der

⁴⁶ Maria Bostenaru Dan, Von den Partizipationsmodellen der 70er Jahre zu Kommunikationsformen Ende des XXten Jahrhunderts in Architektur und Städtebau, Göttingen 2007, S. 19–37.

Hausbesetzerbewegung.⁴⁷ Allerdings wurden diese Entwicklungen von Beteiligten und zunehmend auch von der Planungswissenschaft kritisch betrachtet, so dass die Prozesse der Bürgerbeteiligung von zahlreichen Widersprüchen, Konjunkturen und Formen von Pro-Forma-Beteiligung ohne wirkliche Veränderungsmöglichkeit gekennzeichnet waren.⁴⁸

Kritik wurde auch in der DDR an Planungsprozessen und -vorhaben geäußert – und zwar von Fachleuten ebenso wie von der Bevölkerung. Allerdings waren Spielräume für fachpolitische Reformansätze oder gar die Artikulation von Interessen betroffener Bürger in der DDR angesichts des Suprematieanspruchs der SED deutlich geringer ausgeprägt als in Westdeutschland. Umso wichtiger ist es, die gegebenen Ansätze für Kritik und Reformen im Planungswesen von Städtebau und Architektur in der DDR zu identifizieren.

Im Bauwesen gab es im Verlauf der DDR-Geschichte zahlreiche fachliche Reformansätze und -versuche, die aber zumeist scheiterten. Dies gilt etwa für die alternativen Methoden des industriellen Bauens des Architekten Wilfried Stallknecht, der neben den Grundkonzepten der beiden wichtigen Plattenbauserien P2 und WBS 70 zahlreiche andere Varianten entwickelte, die zu größerer Vielfalt in den zur Monotonie neigenden Plattenbaugebieten der DDR geführt hätten, es allerdings nicht zur Serienreife brachten.⁴⁹ Die Stadtarchitekten der DDR, die sich als gut vernetzte Fachgruppe zweimal jährlich zu Aussprachen trafen und dabei in erstaunlicher Offenheit auch kritische Positionen bezogen, schlugen vor, die Mieten in der DDR zu erhöhen, um die gefährdeten Altstadtgebiete erhalten zu können. Der Vorschlag wurde vom Politbüro barsch vom Tisch gewischt.⁵⁰ Seit den 1980er Jahren existierte im DDR-Bauwesen ein fachoppositioneller Kreis um den neuen Chef des Instituts für Städtebau und Architektur, der mit einem fachlichen Netzwerk zwischen Berlin, Weimar und dem neu aufgebauten Bauhaus in Dessau vorsichtige Reformansätze wie eine zunehmende Einbin-

⁴⁷ Harald Bodenschatz/Cordelia Polinna, *Learning from IBA – die IBA 1987 in Berlin*, Berlin 2011.

⁴⁸ Thomas Wagner, *Die Mitmachfalle. Bürgerbeteiligung als Herrschaftsinstrument*, Köln 2013.

⁴⁹ Engler, Stallknecht, v.a. S.40–45.

⁵⁰ Interview des Autors mit dem Stadtarchitekten von Frankfurt (Oder), Manfred Vogler, am 30.6.2010; Interviews des Autors beim Treffen der ehemaligen Stadtarchitekten der DDR in Weimar am 2.4.2016.

dung der DDR in internationale Netzwerke sowie eine Pluralisierung und Öffnung der DDR-Architektur anstrebte. Diese Fachopposition wurde von Bauminister Junker mit der Absage der 57. Plenartagung der Bauakademie im Oktober 1989, auf der Reformschritte im DDR-Bauwesen hätten realisiert werden sollen, ausgebremsst und brüskiert.⁵¹

Für die Planungsgeschichte ist es unerlässlich, nicht nur die Planungen und ihre städtebaulichen oder architektonischen Produkte in den Blick zu nehmen, sondern vor allem auch die davon betroffene Bevölkerung in ihren Partizipationsmöglichkeiten sowie in ihren eigensinnigen Aneignungsprozessen einzubeziehen. Mit letzterem ist nicht nur die planerische Gestaltung von Ensembles oder Objekten durch die Planer gemeint, die ubiquitär und zumeist unspektakulär ist. Für den Historiker wesentlich interessanter ist der eigensinnige und zuweilen gegen staatliche Intentionen gerichtete Umgang der Bevölkerung mit Planungen in beiden Systemen, wie dies bei den Weltfestspielen der Jugend 1973 auf dem Alexanderplatz zu beobachten ist. Die zivilgesellschaftlichen Partizipationsmöglichkeiten in der Stadtplanung können für Westdeutschland zunächst als systematische Partizipationsausweitung seit Ende der 1960er Jahre charakterisiert werden.⁵² Dabei waren im Bereich partizipativer Maßnahmen partielle Erfolge zu verzeichnen, wie das Beispiel der Einführung der behutsamen Stadterneuerung Ende der 1970er Jahre als Reaktion auf Proteste gegen die Kahlschlagsanierung zeigt.⁵³

In der DDR gab es vor allem in den frühen 1960er Jahren Ansätze von Partizipation in Architektur- und Planungsprozessen, etwa bei der Etablierung von Möbelprogrammen für die Innenraumgestaltung der neu eingeführten Plattenbauserie P2 im Jahre 1962.⁵⁴ Doch fanden die staatlich initiierten Partizipationsmöglichkeiten in beiden Systemen

⁵¹ Max Welch Guerra, Fachdisziplin und Politik. Stadtplanerische Fachdebatte und gesellschaftspolitische Reformbestrebungen an der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar, in: Bernhardt/Flierl/Welch Guerra, Städtebau-Debatten, S. 42–69, hier v.a. S. 62–66.

⁵² Hartmut Häußermann/Dieter Läßle/Walter Siebel, Stadtpolitik, Frankfurt a.M. 2008, S. 225–245.

⁵³ Michael Bollé (Hrsg.), Hardt-Walther Hämer, Architekt HBK. Behutsame Stadterneuerung, Berlin 2007, S. 56–72.

⁵⁴ Stefan Haas, „Wir bauen Wohnungen“. Bürgerbeteiligung in der DDR am Beispiel der Wohnungsbaupolitik in den 1950er Jahren, in: Thomas Großbölting (Hrsg.), Friedensstaat, Leseland, Sportnation? DDR-Legenden auf dem Prüfstand, Berlin 2009, S. 250–268.

Inszenierung und eigensinnige Aneignung. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Ost-Berlin 1973; Quelle: Wikimedia Commons



ihre systemspezifischen Grenzen. In der DDR machte sich neben den grundsätzlich stärker eingeschränkten zivilgesellschaftlichen Artikulationsmöglichkeiten in erster Linie die Ressourcenknappheit bemerkbar. In der bundesdeutschen Politik dominierte in den 1960er Jahren ein starkes Vertrauen in wissenschaftliche Expertise und Planung, was die Seriosität partizipativer Elemente als Teil des Planungsprozesses in Frage stellte. Zugleich stand der kapitalistische Verwertungsdruck vielen Partizipationsansätzen entgegen.⁵⁵ Wenn aber die Partizipationsrealität als Gradmesser für die jeweilige demokratische Verfasstheit und Reformbereitschaft des Systems zum Maßstab genommen werden soll, dann ist für die DDR eher eine grundsätzliche Reformunfähigkeit zu konstatieren, während sich in Westdeutschland partielle Partizipationsfenster öffneten und dort insgesamt eine größere Reformbereitschaft als Antwort auf Bürgerproteste vorhanden war, ohne dass es letztlich zu rundum anerkannten Partizipationsmodellen kam.

⁵⁵ Klaus Selle, Stadtentwicklung und Bürgerbeteiligung – Auf dem Weg zu einer kommunikativen Planungskultur? Alltägliche Probleme, neue Herausforderungen, in: Informationen zur Raumentwicklung (2007) 1, S.63–71.

Für West-Berlin lassen sich prototypische, extrem erfolgreiche Kämpfe gegen staatliche Planungen exemplifizieren am Kampf gegen die megalomane autogerechte Stadtplanung in Form von Stadtautobahnen seit 1955. Gegen diese richtete sich in West-Berlin die Bürgerinitiative Westtangente. Ihr gelang es 1976, den Senat zur Aufgabe des ursprünglich geplanten Stadtautobahnsystems mit riesigen Tangenten mitten durch dicht bebaute Gebiete in den Bezirken Kreuzberg oder Schöneberg zu zwingen.⁵⁶ Das zweite Beispiel ist der Kampf der Hausbesetzerszene gegen den Abriss von Altbauten im Zuge der Kahl-schlagsanierung der 1960er Jahre sowie ähnliche Aneignungsprozesse mit Hilfe der Besetzung von städtischen Freiräumen wie am Berliner Lenné-Dreieck 1988.⁵⁷

Auch in der DDR regte sich auf mehreren Feldern Widerstand gegen staatliche Planungsmaßnahmen und -fehler, die aber anders akzentuiert waren.⁵⁸ So protestierten einige DDR-Bewohner vehement gegen den grassierenden Wohnungsmangel und die sich verschlimmernden Sanierungsdefizite durch massenhaftes Schwarzwohnen, das vom auf diesem Feld inzwischen weitgehend planungsunfähigen Staat häufig geduldet bzw. durch Finanz- oder Materialzuweisungen sogar gefördert wurde.⁵⁹ Deutlich politischer angelegt waren die in den 1980er Jahren entstehenden Bürgerinitiativen gegen den Altstadtabriss in DDR-Städten,⁶⁰ die beispielsweise im Kampf gegen den Abriss von Gründerzeitvierteln in der Rykestraße im Berliner Bezirk Prenzlauer Berg informelle strategische Bündnisse mit Mitarbeitern der Bauakademie der DDR eingingen.⁶¹

⁵⁶ Udo Dittfurth, Verkehrsplanung in West-Berlin. Ein Bericht aus dem ideologischen Sektor, in: Günter Schlusche u. a. (Hrsg.), Stadtentwicklung im doppelten Berlin. Zeitgenossenschaften und Erinnerungsorte, Berlin 2014, S. 226–241, hier S. 228ff.

⁵⁷ Stephan Noe, Über die Mauer in den Osten, in: Spiegel Online, 27.6.2008, URL: www.spiegel.de/einestages/kalter-krieg-bizzarr-a-950098.html [12.11.2016].

⁵⁸ Dieter Rink, Bürgerbewegungen und Kommunalpolitik in Ostdeutschland, in: Susanne Benzler/Udo Bullmann/Dieter Eißel (Hrsg.), Deutschland-Ost vor Ort. Anfänge der lokalen Politik in den neuen Bundesländern, Opladen 1995, S. 75–98.

⁵⁹ Udo Grashoff, Schwarzwohnen. Die Unterwanderung der staatlichen Wohnraumlenkung in der DDR, Göttingen 2011.

⁶⁰ Brian Ladd, Altstadterneuerung und Bürgerbewegung in den 1980er Jahren in der DDR, in: Holger Barth (Hrsg.), Planen für das Kollektiv. Dokumentation des 4. Werkstattgesprächs vom 15.–16. Oktober 1998, Erkner b. Berlin 1999, S. 89–96.

⁶¹ Blankenburg, Stadterneuerung, S. 259f.

4. Fazit

Zur Grundsignatur von Stadt- und Architekturplanung gehörte ab Mitte der 1950er bis in die 1970er Jahre hinein in Ost- und West-Deutschland eine ausgeprägte Fortschrittsgläubigkeit und die Überzeugung, dass das Neue dem Alten grundsätzlich überlegen sei. Beides führte zu erheblichen Eingriffen in funktionierende Strukturen. Ebenfalls für beide Systeme kennzeichnend war ein weitreichender Anspruch der Stadtplanungen, der als „Planungseuphorie“ oder als Steuerungsmodell für den Umgang mit Wachstumskrisen und zur Erhaltung politischer Stabilität bezeichnet werden kann.⁶² Deutlich unterscheidbar ist aber der Umgang mit planerischen Misserfolgen wie z.B. der Kahlschlagsanierung in West-Berlin oder dem Zerfall der Altbauten in Ost-Berlin. In der Bundesrepublik dominierte eine systemische Anpassungs- und Reformbereitschaft, die mit institutionalisierten Partizipationsmechanismen einherging. Im günstigen Fall zeichneten sich somit Lösungen wie die behutsame Stadterneuerung ab. Hingegen wurden in der DDR zwar ebenfalls kleinere planerische Anpassungen und Änderungen vorgenommen, aber keine wirklichen Reformen. Dennoch sollten die innerfachlichen sowie die wenigen zumeist gescheiterten Reformansätze innerhalb der SED im Planungssystem Ostdeutschlands analysiert sowie ihre zumeist vergessenen Akteure namhaft gemacht werden.

Zieht man die vorhandenen Spielräume der Bevölkerung für Partizipations- und Aneignungsprozesse in der Stadtplanung als systematische Gradmesser für die grundsätzliche Demokratiefähigkeit des jeweiligen politischen Systems heran, so lässt sich für Westdeutschland eine größere Adaptionfähigkeit und Flexibilität in Planungsprozessen z.B. durch Maßnahmen einer bewohnerorientierten Planung konstatieren. Für die DDR sorgten die insgesamt eher defizitären Mechanismen der Stadtplanung mit dem Versagen bei der Sanierung von Altstadtbereichen für eine graduelle Delegitimation des Gesamtsystems, die letztlich zum Kollaps der SED-Herrschaft beitrugen.

Die Erzeugnisse der Planung von Städtebau und Architektur in Ost- und West-Berlin aus der Zeit der Systemkonkurrenz der 1960er bis 1980er Jahre bilden insgesamt einen lebendigen Erinnerungsort und geradezu ein Freiluftmuseum für Planungskulturen in Deutschland.

⁶² Welch Guerra, *Räumliche Planung*, S.287.

Mit ihnen sollte aufgrund ihres hohen Zeugniswerts (z.B. im Ensemble westlich des Berliner Fernsehturms⁶³) möglichst behutsam und differenziert umgegangen werden.

⁶³ Paul Sigel/Kerstin Wittmann-Englert (Hrsg.), Freiraum unterm Fernsehturm. Historische Dimensionen eines Stadtraums der Moderne, Berlin 2015.